

II-8304 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4070/J
12. Jan. 1993

ANFRAGE

der Abgeordneten Dietrich,
und Genossen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

Aus einem Artikel von Andreas Unterberger in der Tageszeitung "Die Presse" vom 18. 12. 1992 von Andreas Unterberger "Der Tropenbaum als politisches Zündholz- Österreich steht allein im Regenwald" geht hervor, daß "die Anfang Dezember vom Parlament verabschiedete Milderung der Tropenholzpolitik (...) nach Ansicht einer internen Studie des Außenministeriums jedenfalls nicht ausreichend" ist.

Laut diesem Presseartikel stellt die Rücknahme der Außerkraftsetzung der Zollerhöhung für Tropenhölzer "nur einen ersten Schritt für die Normalisierung der Beziehungen zu den tropenholzexportierenden Staaten" dar.

Weiters wird laut diesem Artikel aufgrund einer "Information" der zuständigen Abteilung im Außenministerium eine Novellierung der Kennzeichnungspflicht für Tropenhölzer empfohlen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten richten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten daher nachstehende

Anfrage:

1. Was hat das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten veranlaßt, eine "interne Studie" und eine "Information" über die österreichische Tropenholzpolitik zu verfassen?
2. Welchen Wortlaut hat die "interne Studie" sowie die "Information" an den Außenminister über die österreichische Tropenholzpolitik?
3. Welche Experten für die Erstellung der "internen Studie" wurden beigezogen?
4. Wer sind die Autoren dieser "internen Studie"?
5. Wie ist Ihrer Meinung nach die in der "Studie" zum Ausdruck gebrachte Sorge über das Ansehen des österreichischen Parlaments, mit dem Umstand vereinbar, daß im gleichen Atemzug von den selben Autoren davon ausgegangen wird, daß das auf rein parlamentarischer Ebene zustande gekommene Tropenholzgesetz, nach Ablauf einer bestimmten Zeit novelliert werden soll ?
6. Liegen Berichte von österreichischen Vertretungen in tropenholzexportierenden Ländern vor, die eine Novellierung des Tropenholzgesetzes durch das österreichische Parlament erforderlich machen?

- a) Wenn ja, aus welchen Ländern liegen solche Berichte vor?
b) Welchen Wortlaut haben diese Berichte?
7. Besteht Grund zur Annahme, daß, nachdem die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten initiierte "Milderung der Tropenholzpolitik" anfang Dezember von Ihrem Ministerium als "nicht ausreichend" empfunden wird, nun das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in dieser Umweltmaterie einen parlamentarischen Vorstoß einleiten wird?
8. Gab es eine interministerielle Beamtenrunde, die einstimmig beschlossen hat, daß das Gesetz zur Kennzeichnungspflicht für Tropenhölzer und Tropenholzprodukte novelliert werden muß?
- a) Wenn ja, ging diese Initiative von Ihrem Ressort aus?
9. Haben Sie die Erkenntnisse der beiden Völkerrechtler Dr. Thomas Desch (Rechtsgutachten "Zur Frage der GATT- Konformität von einseitigen (Nicht- tarifarischen und tarifarischen) Maßnahmen betreffend den Import von Tropenholz nach Österreich", das im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie erstellt wurde) sowie Dr. Wolfgang Benedek (Studie über "Handlungsmöglichkeiten Österreichs zur Beschränkung der Importe von Tropenholz im Hinblick auf deren Völkerrechtskonformität nach dem GATT", welche im Auftrag für Global 2000 und Greenpeace erstellt wurde), in Ihren Standpunkt zur Novellierung des Bundesgesetzes zur Kennzeichnungspflicht für Tropenhölzer und Tropenholzprodukte sowie der "internen Studie" mit einbezogen?
10. Welche Beweggründe veranlaßt das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Novellierung der Kennzeichnungspflicht in Erwägung zu ziehen, obwohl beide Völkerrechtsexperten die GATT- Konformität der Kennzeichnungspflicht bestätigen?
11. Hat sich Ihr Ressort Alternativen zur Kennzeichnungspflicht überlegt?
a) Wenn ja, welche?
12. Ist aus Ihrer Sicht auch eine Kennzeichnungspflicht für alle Hölzer als Alternative zur derzeitigen Regelung vorstellbar?

18.12.82

Hintergrund

Der Tropenbaum als politisches Zündholz

Ostreich steht allein im Regenwald

Von Andreas Unterberger

Das Edelholz aus Tropenwäldern wird immer mehr zum Zündholz innerösterreichischer Dispute. Feststellen dürfte dabei lediglich, daß jede größere Reduktion der Regenwälder eine weltklimatische Katastrophe ist. Völlig umstritten ist hingegen, ob eine Einschränkung der Tropenholzexporte dem Regenwald nutzt oder schadet. Und offen ist auch, ob Österreich imstande ist, auch nur einen Quadratkilometer Regenwald zu retten, oder ob es bloß eigene außen- und wirtschaftspolitische Schäden davontragen kann.

Die Anfang Dezember vom Parlament verabschiedete Milderung der Tropenholzpolitik ist nach Ansicht einer internen Studie des Außenministeriums „jedenfalls nicht ausreichend“. Die Rücknahme des parlamentarischen Entschließungsantrags, der Wirtschaftsminister Schüssel zu Verhandlungen über die Einführung eines 70prozentigen Zolls auf Edelholzimporte verpflichtet hatte, wird darin nur als erster Schritt für eine Normalisierung der Beziehungen zu den tropenholzexportierenden Staaten angesehen.

In einer „Information“ der zuständigen Abteilung an den Außenminister wird darüber hinaus in Hinblick auf das Gesetz, das die Kennzeichnungspflicht für Tropenholz vorschreibt, empfohlen: „Da eine Aufhebung des gegenständlichen Gesetzes mit dem Ansehen des österreichischen Parlaments wohl nur schwer vereinbar wäre, bietet sich eine Novellierung an, welche aber wahrscheinlich erst nach Ablauf einer bestimmten Frist zustandekommen wird.“

Diese Anregung wird noch präzisiert: Eine Kennzeichnungspflicht ausschließlich für Tropenholz werde von den Entwicklungsländern als Benachteiligung und Diskriminierung empfunden. Gatt-konform wäre hingegen die Verleihung eines Gütezeichens für Holz jeglicher Herkunft aus nachhaltiger Nutzung. Probleme der Administrierbarkeit würden weiter bestehen. Umweltministerin Rauch-Kallat hat sich jedoch vorerst gegen eine Novellierung ausgesprochen.

Nach den im Außenamt zusammengetragenen Informationen sind jedenfalls die Auswirkungen des österreichischen Alleingangs beim Tropenholz ziemlich dramatisch. Beim Gatt-Rat wurde Österreich nicht nur von den betroffenen Entwicklungsländern, sondern auch von Industriestaaten heftig kritisiert.

Die dabei von Wiens Diplomaten gehörten Vorwürfe: Verständnislosigkeit für die Entwicklungsländer, versteckter Protektionismus. Abwälzung der eigenen Verantwortung für die Umwelt, Verkennen der wahren Ursachen der Entwaldung. Verletzung des Kodex über technische Handelshemmnisse und Diskriminierung,

hiess es dort. Österreich blieb bei diesen trommelfeuerartigen Angriffen weitgehend isoliert. Lediglich die EG kam mit einer vagen Erklärung ein wenig zu Hilfe.

Auf bilateraler Ebene hat Malaysia die Alpenrepublik am stärksten kritisiert; dort ist durch einen Besuch von Ex-Außenminister Jankowitsch zwar ein Dialog in Gang gekommen, Malaysia beharrt aber auf einer Gesetzesänderung. Indonesien hat ebenfalls schon ganz direkt mit handelspolitischen Maßnahmen gegen Österreich gedroht.

Auch die Philippinen haben lebhaft protestiert und Gesetzesänderungen mit der zarten Androhung verlangt, daß andernfalls Wiens Handelsbeziehungen zu den südostasiatischen ASEAN-Ländern zu Schaden kämen. Experten verweisen darauf, daß gerade diese Staaten zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen der Welt zählen.

Eine neugegründete Initiative der Österreichischen Holzwirtschaft setzt sich unterdessen auch inhaltlich heftig mit den Umweltschutzorganisationen auseinander, die sich „wider besseres Wissen“ auf den „kleinsten Verursacher“ einschießen. „Solange nämlich der Wald keinen Wert besitzt, wird er der Brandrodung und dem Spekulanten anheimfallen.“ Hingegen habe niemand, der Holz nutzen wolle, Interesse daran, sei- ne wirtschaftliche Grundlagen total zu zerstören.

Die Holznutzung verursache offiziellen österreichischen Regierungssangaben zufolge nur zehn Prozent der Vernichtung des Regenwaldes. Davon gehe aber wieder nur ein kleiner Teil in den Export. Der internationale Tropenholzhandel sei damit nur für 0,4 Prozent der Schäden verantwortlich. Solche Hölzer verhelfen den Ländern auch zu einem lebensnotwendigen Einkommen. Sie seien in den Industrieländern andererseits für bestimmte Verwendungen am besten geeignet und nur durch Kunststoffprodukte ersetzbar.

Ein Teil der Umweltorganisationen tritt hingegen noch für eine Verschärfung der bisherigen Tropenholzpolitik ein. Sie träumen von einer internationalen Vorreiterrolle Österreichs. Sie kritisieren auch, daß an der Malaysia-Mission Jankowitsch kein Grün-Vertreter teilgenommen habe. Besonders in Malaysia entstehe großer Schaden am Regenwald.

Die Orientierung im Regenwald-Dickicht wird jedenfalls immer schwieriger. Kritiker, die sich ohne lange Nachzudenken von Lobbies erpressen lassen, sind dabei genausowenig Wegweiser wie die Interessen der Edelholzhändler oder die der Umweltgruppen, die immer einen Hang zu vereinfachenden Lösungen haben. Besonders dann, wenn sie damit auch ein wenig Klassenkampf machen können.

Dollars, Drogs, Mafios Auch in Öste

Von Andreas Zenker

WIEN. Weltweit nimmt das organisierte Verbrechen ungeahnte Dimensionen an. Österreich bleibt von den kriminellen Folgeerscheinungen offener Grenzen nur verschont. Vielmehr sind heutzutage Deliktszahlen und Schadenssummen explodiert. Mafios aller Herren Länder entdecken auch die „Insel der Seligen“; die Exekutive hinkt vielfach hinter der Entwicklung der dunklen Machenschaften her. Die mafiose „Internationale“ steigert ihre Profite aus Plastikgeld und Prostitution, Autoschmuggel und Drogenhandel.

„Die Kriminellen haben sich besser organisiert, arbeiten international zusammen und schlagen blitzschnell zu“, resümiert Hofrat Franz Priehsnitz, Leiter des Wiener Sicherheitsbüros. Die großzügigen Steigerungsraten verzeichnen auch in Österreich alle Arten von „Verbrechen mit der weißen Weste“, vom Kreditkartenbetrug bis zur Dokumentenfälschung.

Vor allem im ersten Quartal schnellen die Deliktzahlen in bisher unbekannte Höhen. Kreditkartenunternehmen bläst daher weltweit zum Halali auf: Betrüger mit der Plastikkarte. Groß sind die ständig steigenden Verluste geworden. Im ersten Quartal 1992 verzeichnete allein das Unternehmen „Eurocard Mastercard“ weltweit einen Verlust von umgerechnet mehr als einer Milliarde Schilling. Zu Vergleichszeitraum des Vorjahrs bedeutet dies eine Steigerung von nicht weniger als 20 Prozent.

„Wir haben gelernt, mit den Kleinkriminellen und Zufallsdelinquenten zu leben. Die Banden sind weltweit in immer größerem Ausmaß zuschlagen, sind wirklich existenzbedrohend“, betont Polizeikurist Walter Bödenauer, Sicherheitsbeauftragter von „Eurocard Austria“.

Die Kreditkartenunternehmen wollen nun verstärkt mit der Polizei zusammenarbeiten. „Wir stellen unsere betriebsinterne Infrastruktur, am Kommunikationssektor der Polizei zur Täterverfolgung zur Verfügung und nutzen im Gegenzug das Know-how der Exekutive“, erklärt Bödenauer.

Bei den Sicherheitskräften rennt man damit offene Türen. Denn dort gehörte der Kreditkartenbetrug – trotz einiger Erfolg bisher zu den eher dunklen Kasinotischen. „Die Beamten werden speziell geschult, oft passiert am Land, daß man selbst plumpen Fälschungen sehr leicht zum Ziel kommt, weil die Beamten nicht genau wissen, welche Sicherheitsmerkmale eine Kreditkarte aufweisen muß“, meint Polizeikurist Walter Czapak vom Strafs- und Fälschungsreferat Wiener Sicherheitsbüros.

Für die Polizei und Gendarmerie ist der Nachholbedarf schwieriges Unterfangen, gibt doch allein in Österreich nur Eurocard 60 verschiedene gesta-

Strahlendes Erd**Norwegen fürchtet Berichte über ein gesunkenes Atom**

Von unserem Korrespondenten
Hannes Gamillscheg

KOPENHAGEN/OSLO. Zwei Tage nach den dramatischen Fernsehbildern atmte Norwegens Fischerei-Industrie auf, pädantisch auf: nationale Fischmarkt hat nicht reagiert. Stellte die Exportverantwortlichen

Wahrheitsgehalt“, wie Oslos Staatssekretärin Helga Hernes den ABC-Bericht abkanzelte, der Eindruck festsetzt, norwegischer Fisch sei radioaktiv verseucht.

Daß radioaktive Stoffe aus dem 10 Meter langen U-Boot-Wrack zu seichten Brummen, „Krammen“ genannt, kommen sollten, ist eine

Tonnen gegenüber, die bei atmosphärischen Atomtests sechziger Jahre ins Meer fielen. Und das leckende U-Boot liegt tief, daß die Wassermassen, die umgeben, nicht mit jenen Seiten in Berührung kommen: denen an“. Hering und Kabeljau.